



17. Februar 2013:
Klausurtagung in Kloster Helfta



10. und 11. April 2013:
Innenpolitische Sprechertagung



15. April 2013:
Wirtschaftskonferenz in Halle/Saale

Einblick

Das Infoblatt der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Für Qualität in der Wirtschaftspolitik: Unsere Wirtschaftskonferenz „Energie für Sachsen-Anhalt“



Die CDU-Landtagsfraktion hat das Parlamentsjahr 2013 der Wirtschaftspolitik gewidmet. Vor dem Hintergrund der Neubesetzung des Wirtschafts- und Wissenschaftsresorts erhält diese Ankündigung zusätzliches Gewicht. Am 15. April 2013 haben wir zu einer Wirtschaftskonferenz in Halle/Saale eingeladen. Gemeinsam mit Podiumsvertretern aus der Landespolitik, der Wirtschaft und der Energiebranche besprachen die rund 200 Gäste unter dem Motto „Energie für Sachsen-Anhalt“ Fragestellungen der Energiewende und der Wirtschaftsentwicklung des Landes.

Unser Fraktionsvorsitzender **André Schröder** benennt die Schwerpunkte:

1. Die Gestaltung der Energiewende

- Wir setzen auf einen verlässlichen Energiemix, statt auf 100 Prozent Erneuerbare Energien.
- Die Stromsteuer soll gekappt werden, um den Preisanstieg zu dämpfen.
- Die Netzkosten sind gerecht zu verteilen.

2. Fachkräftegewinnung und Unternehmensnachfolge sichern

Wir haben ein Fraktionspapier zur Beruflichen Bildung (siehe

Vorderseite) entwickelt, um Schule und Wirtschaft weiter zusammenbringen und vor allem die Berufliche Bildung mit der Akademischen Bildung gleich hoch zu schätzen. (Das Papier ist auf unserer Homepage kostenlos abrufbar.)

3. Investitionen und eine wirtschaftsfreundliche Politik

Ganz oben steht für uns die Rücknahme der vorfristigen Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge. Zur Entlastung des Mittelstandes im Bau- und Gaststättenrecht sind Verfahrensvereinfachungen geplant. Die Fraktion verspricht der Wirtschaft, auf zusätzliche Standards zu verzichten.“



Herausgeber: André Schröder,
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Tel.: 0391 5602016, Fax: 0391 5602028
E-Mail: presse@cdufraktion.de
www.cdufraktion.de

Stand: April 2013

QUALITÄT FÜR UNSER LAND - STRATEGIEN, GESETZE, KONFERENZEN

Für Qualität in der Bildungspolitik:

Unser Strategiepapier zur Beruflichen Bildung



Hardy Peter Güssau



Thomas Keindorf

„Zu den größten Herausforderungen in Sachsen-Anhalt zählen aktuell die Bewältigung des demografischen Wandels und die Fachkräftesicherung. Hinzu kommt ein harter Wettbewerb unter den Bundesländern um die besten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und das beste Bildungssystem.“

Neben dem demografischen Wandel zieht der anhaltende Trend zur Höherqualifizierung Engpässe bei Fachkräften mit abgeschlossener Berufsausbildung nach sich. Gleichzeitig wird oftmals die mangelnde Ausbildungsreife von Jugendlichen bemängelt. Um dieser

Entwicklung entgegenzuwirken, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Berufswahlkompetenz von Jugendlichen zu verbessern. Die CDU-Landtagsfraktion hat daher ein Strategiepapier zur Beruflichen Bildung beschlossen“, so Hardy Peter Güssau, bildungspolitischer Sprecher, und der für die Berufliche Bildung zuständige Fachpolitiker der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Keindorf.

Das Strategiepapier soll dazu dienen, die Herausforderungen für die Berufliche Bildung in der Zukunft besser meistern zu können – nach dem Motto: Vorsorge ist besser als Nachsorge.

Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche berufliche Ausbildung müssen bereits in der Grundschule geschaffen werden. Ziel muss es sein, der Schüler- und Elternschaft frühzeitig den Blick für die richtige Berufswahl zu öffnen – durch eine Berufsorientierung an allen Schulformen, also auch am Gymnasium. Eine Berufsorientierung kann dabei auch eine Studienorientierung beinhalten. Dazu brauchen wir Lehrkräfte an den Schulen, die während ihres Lehramtsstudiums für den Aspekt der Berufsorientierung qualifiziert wurden.

Bereits in der Schule müssen die Voraussetzungen gelegt werden, um durch eine Ethik- und Werteausbildung die notwendige Einstellung zum späteren Beruf zu erlangen. Daneben ist eine verstärkte Betonung der sogenannten MINT-Fächer vonnöten. Unserer Ansicht nach kann auch die Einführung eines Wirtschaftsunterrichts – als eigenständiges Fach oder durch stärkere Berücksichtigung im Lehrplan – eine wesentliche Hilfe auf dem Weg in das Berufsleben sein.

Die Gestaltung eines erfolgreichen Übergangs von der Schule in den Beruf ist für uns ein wesentlicher Schwerpunkt. Für die Entwicklung junger Menschen, die aus verschiedenen Grün-

denicht sofort einen Einstieg in den Beruf finden, ist ein erfolgreicher Übergang von der Schule in den Beruf ein wesentlicher Schwerpunkt. Die dort stattfindenden Maßnahmen müssen effektiver, effizienter und auf verschiedene Zielgruppen abgestimmt geplant und durchgeführt werden.

Projektvereinbarungen von Schulen und Unternehmen runden das Bild eines ganzheitlichen Ansatzes in der Ausbildung schließlich ab. Die Betriebe sollten durch ein offensives Ausbildungsmarketing für angehende Berufsschüler Anreize liefern, konzentriert und zielbewusst einen bestimmten Beruf erlernen zu wollen, ohne dass kurzfristig der Ausbildungsabbruch droht.

Wichtig ist uns dabei, dass leistungsschwache Jugendliche bzw. Auszubildende auf ihrem Weg ins Berufsleben tatkräftig unterstützt werden. Dafür können sogenannte Bildungsnetzwerke Sorge tragen. Sie sollen durch die Koordinierung aller Akteure (Jugendhilfe, Schule, Wirtschaft, Bundesagentur für Arbeit, etc.) vor Ort – also in den Kommunen – für die erforderliche Förderstruktur sorgen. Die Berufliche Bildung ist ein lebenslanger Prozess, bei dem alle Abschnitte miteinander vernetzt werden sollten, um die Jugendlichen in ihrer persönlichen Entwicklung zielorientiert fördern und den Fachkräftebedarf effizient und passgenau abstimmen zu können. Dabei ist die Duale Ausbildung der Mittelpunkt.

Dies hebt uns auch gegenüber vielen anderen Ländern hervor. Neue Wege und innovative Strukturen sind erforderlich, damit die Fachkräftesicherung in Sachsen-Anhalt nachhaltig zum Erfolg geführt werden kann. Wir machen uns daran, diese Wege auszubauen. Ein Exemplar unseres Strategiepapiers erhalten Sie auf Nachfrage bei der Pressestelle unter: presse@cdufraktion.de.



Fraktion vor Ort:



Markus Kurze mit einer Schülergruppe der Evangelischen Grundschule aus Burg



28. Januar 2013: Veranstaltung zur Zukunft der Landwirtschaft



29. Januar 2013: Fraktionssitzung mit dem Fraktionsvorsitzendem der CDU im Thüringer Landtag Mike Mohring



11. Februar 2013: Fraktionsvorstandsklausur



14. Februar 2013: AG Landwirtschaft, Ernährung und Forsten sowie AG Umwelt in Blankenburg

Für Qualität in der Umweltpolitik: Zum Wassergesetz



Jürgen Stadelmann

Am 22. Februar 2013 wurde in der Landtagssitzung das Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften beschlossen. „Wir wollen mit dem Gesetz unter anderem gegen das Problem vorgehen,

dass 27 Prozent der Landesfläche vernässungsgefährdet sind“, so Jürgen Stadelmann, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt.

Die wichtigsten Fakten in der Zusammenfassung:

1. Es wird keinen generellen Anschlusszwang für Regenwasser geben!
2. Ordnungsgemäß funktionierende Anlagen wie z.B. Versickerungsmulden auf Grundstücken oder Regenwasserzisternen in Gärten haben Bestandsschutz. Es herrscht ein Bestandsschutz für bestehende Anlagen, wenn die Ableitung des Niederschlagswassers ordnungsgemäß funktioniert. **Dies muss der Bürger nicht noch extra nachweisen.**
3. Nur dann, wenn eine Versickerung des Niederschlagswassers vor Ort nicht schadlos möglich ist, soll ein Anschluss verlangt werden können. **Dafür reichen finanzielle Gründe allein nicht aus, sondern es muss wasserwirtschaftlich ein Erfordernis vorhanden sein** (Versickerungsfähigkeit, Grundwasserstand usw.).
4. Allgemeines Ziel des Gesetzes ist eine **Verwaltungsvereinfachung**: durch die von uns neu eingeführten Niederschlagswasserbeseitigungskonzepte soll zukünftig mehr Transparenz und Investitionssicherheit herrschen, in welchen Gebieten ortsnah versickert werden kann und in welchen ein Anschluss an das Kanalnetz erfolgen muss.

Wir haben uns bisher als einziges Bundesland intensiv dem Thema Vernässungen gewidmet und zur Beseitigung von Schäden durch Vernässung und Erosion 30 Millionen Euro im Haushalt zur Verfügung gestellt.

Wo Vernässungsprobleme auftreten, muss es rechtlich möglich sein, zum Wohle der Allgemeinheit zu handeln. Dies geschieht, indem eine geordnete Ableitung des nicht reinigungsbedürftigen Oberflächenwassers zukünftig durchgesetzt werden kann. Aber dort, wo bisher ohne Probleme versickert wurde, soll auch weiterhin versickert werden können.



Foto: © arthalber

Für Qualität in der Innenpolitik: Zur Polizei- strukturreform



Jens Kolze

In der Debatte um die geplante und notwendige Polizeistrukturreform spricht sich die CDU-Fraktion für das sogenannte „Ein-Behörden-Modell“ als zukunftsfähige Lösung aus. „Die Projektgruppe ‚Polizei 2020‘ hat konstruktive Vorschläge vorgelegt, wie sich die Polizei an die sich verändernden Rahmenbedingungen optimal anpassen kann. Das Ein-Behörden-Modell ist sachlich richtig. Ein Verwaltungssitz in zentraler Lage sollte geprüft werden. Als Sitz für eine solche zentrale Landespolizeibehörde favorisiert die Arbeitsgruppe Inneres den Standort Halle, um die Verwaltungskraft im Süden zu stärken“, so Jens Kolze, innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt.

Durch die Neuausrichtung der Struktur soll die Polizei in ihrer Leistungsstärke, Professionalität, Flexibilität, Funktionalität und Eigenverantwortlichkeit optimiert werden. So wird eine effektive, professionelle Erfüllung der polizeilichen Aufgaben in Sachsen-Anhalt gewährleistet. Eine Straffung der aktuellen Behördenstruktur ist weiterhin notwendig, um die tatsächlichen personellen Gegebenheiten und Abbaupflichtungen aus dem Personal-Entwicklungs-Konzept zu berücksichtigen. Neben dem Ein-Behörden-Modell ebenfalls geplante Maßnahmen sind, dass

- die Behördenstruktur gestrafft,
- landesweite Aufgaben gebündelt,
- Dienstbezirke mehrerer Dienststellen zusammengeführt,
- Streifenbereiche eingerichtet,
- Regionalbereichsbeamte als Weiterentwicklung der Kontaktbeamten eingesetzt sowie
- die Ebenen der Sachbearbeitung reduziert werden sollen.

Foto: © Daniel Etzold - fotolia.com



Alle geplanten Maßnahmen werden gemeinsam mit den Führungskräften der Polizei, Gewerkschaftsvertretern und Personalräten diskutiert. Zwischen Mai und November 2013 wird der Innenminister des Landes, Holger Stahlknecht, in den Landkreisen und Gemeinden Workshops durchführen mit dem Ziel, gemeinsam mit Bürgermeistern und Landräten die Umsetzung der Struktur zu erarbeiten.

Für Qualität in der Europapolitik: Schwerpunkte der Europapolitik



Markus Kurze

„Am 22. März 2013 gab Staatsminister Rainer Robra (CDU) in seiner Funktion als Europaminister des Landes Sachsen-Anhalt eine Regierungserklärung zum Thema „Weltoffen und tolerant – Schwerpunkte der Europapolitik des Landes“ ab. In der anschließenden Debatte positionierte sich auch der Landtag mit einem klaren

Bekenntnis. Für uns als CDU-Fraktion steht fest: Wir stehen für ein geeinigtes und weltoffenes Europa – jetzt und in Zukunft“, so Markus Kurze, stellv. Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender der AG Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien.

Die Landesregierung hat hierfür die volle Unterstützung der CDU-Fraktion. Denn klar ist: Sachsen-Anhalt braucht Europa. Nur in einem einzigen Europa werden wir den Wohlstand der Menschen in Sachsen-Anhalt sichern können. Kaum eine andere Region liegt geografisch so nahe im Herzen Europas wie Sachsen-Anhalt. Zentrale Verkehrsachsen treffen hier zusammen. Auch politisch sind wir die zentrale Brückenregion zwischen Ost und West.

In der Vergangenheit hat das Land enorm von der europäischen Idee profitiert. Über 10 Milliarden Euro sind nach Sachsen-Anhalt geflossen. Auch wenn es noch immer sehr viel zu tun gibt: Wer mit offenen Augen durch das Land reist, sieht, dass sich sehr vieles zum Positiven verändert hat. Dies ist einerseits das Ergebnis des Fleißes und des Engagements der Menschen, aber es ist auch das Ergebnis der Unterstützung, die Sachsen-Anhalt aus Europa erfahren hat. Dafür sind wir dankbar. Auch in Zukunft werden wir auf diese Unterstützung angewiesen sein.

Als Politiker in Sachsen-Anhalt sind wir alle aufgefordert, das Geld so einzusetzen, dass es langfristig den größten Nutzen stiftet. Nicht alles Wünschenswerte wird aufrecht erhalten werden können. Die Landesregierung setzt in der kommenden Förderperiode 2014 - 2020 deswegen völlig zu Recht auf die Schwerpunkte „Forschung, technologische Entwicklung, Innovation“, „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU“ sowie „Bildung und lebenslanges Lernen“.

Wir als CDU-Fraktion sagen auch, dass die Förderung auf der einen Seite mit einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auf der anderen Seite einhergehen muss. Wir wollen die Verschuldung des Landes nachhaltig senken, um uns neue Handlungsspielräume für die Zukunft zu erarbeiten. Fast alle Regionen in Europa kämpfen mit diesem Problem. Deswegen unterstützen wir den Kurs der Kanzlerin. Zu den Regelungen des Vertrags von Maastricht, der die Grundlage der gemeinsamen Währung bildet und hierfür klare Obergrenzen für die Verschuldung der Staaten vorsieht, gibt es keine Alternative. Verträge sind einzuhalten, auch und gerade in der Politik.